

Berlin, 29.03.2018

Stellungnahme

bezüglich der Regelungsentwürfe zur Ratifizierung und Umsetzung des London-Protokolls im Hinblick auf das Marine Geo-Engineering

- Wir sprechen uns **gegen jegliche Form des Geo-Engineerings** aus. Die langfristigen, mittelbaren und unmittelbaren Folgen und die Tragweite einer bewussten Veränderung der Erdsysteme sind unkontrollierbar, da das wissenschaftliche Verständnis der Funktion des planetaren Ökosystems als Ganzes sowie seiner Subsysteme unzureichend ist. Eine Manipulation der Erdsysteme durch derart massive Eingriffe ist unverantwortlich. Auch die rechtlichen Grundlagen inkl. der Haftung im Schadensfall bleiben insbesondere aufgrund der grenzüberschreitenden Auswirkungen unklar. Wir fassen dabei explizit unter Geo-Engineering auch das Konzept der „negativen Emissionen“ bspw. im Rahmen von Bioenergy with Carbon Capture and Storage (BECCS).
- Wir halten **Geo-Engineering insbesondere im Angesicht der wachsenden weltweiten Umweltprobleme für den völlig falschen Weg**, bei welchem weitere Umweltzerstörung, Menschenrechtsverletzungen oder gar größere Katastrophen nicht auszuschließen sind. Das Meer kann nicht die Probleme lösen, welche die Menschheit mit der Verbrennung fossiler Brennstoffe erzeugt. Um ein gerechtes, gesundes und umweltfreundliches Leben auf dem Planeten über Generationen hinweg zu gewährleisten, brauchen wir nicht noch mehr, sondern weniger Eingriffe in die Öko- und Erdsysteme (wie die Ozeane, die Atmosphäre, den Kohlenstoffkreislauf oder den Wasserkreislauf).
- Stattdessen brauchen wir **weitreichende Änderungen unserer nicht nachhaltigen Wirtschaftsweise**, also eine mutige Politik hin zu einem schnellstmöglichen und konsequenten Kohleausstieg, eine schnelle Energie- und Verkehrswende und eine effektive Kreislaufwirtschaft. Ziel einer konsequenten Umweltpolitik muss es sein, die durch den Menschen verursachte Treibhausgasemissionen und Schäden an Natur und Umwelt zu vermindern und nicht durch möglicherweise folgenschwere Eingriffe des Geo-Engineerings zu versuchen, diese zu kompensieren. Wir sehen die **Bundesregierung in der Pflicht, in diesen Politikfeldern national deutlich ambitionierter voranzuschreiten**, und sich **international für die Umsetzung und Einhaltung entsprechender Abkommen wie dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD), dem Pariser Übereinkommen und der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung einzusetzen**.

- Wir fordern die Bundesregierung auf, sich **in anderen internationalen Prozessen, insbesondere der Klimarahmenkonvention, aktiv gegen die Legitimation und den Ausbau von Geo-Engineering** einzusetzen. Wir möchten in diesem Zusammenhang auf **einen offenen Brief der Mitglieder der CBD-Alliance** ans UNFCCC, an Regierungsdelegierte, Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen und den IPCC vom November 2017 zum Thema „Geoengineering is a distraction from the real priorities: Emission reductions“ verweisen.
- Wir **unterstützen somit, dass mit der Änderung des London-Protokolls ein Verbot für kommerzielles Geo-Engineering** im Bereich der Meeresdüngung eingeführt werden soll.
- und begrüßen, dass die Bundesregierung die Umsetzung der Änderungen des London-Protokolls in deutsches Recht sowie seine Ratifizierung anstrebt. Wir hoffen, dass sich die **Bundesregierung auch international dafür einsetzt, dass die Änderung von weiteren Staaten ratifiziert wird.**
- Den in der Änderung beinhalteten **Erlaubnisvorbehalt für Meeresdüngung in der Ergänzung des London-Protokolls zu Forschungszwecken halten wir jedoch für hochproblematisch.** Es besteht die Gefahr, dass langfristig die kommerzielle Durchführung von Geo-Engineering doch legalisiert werden könnte. Wir fordern die Bundesregierung aus diesem Grund auf, sich durch eine entsprechende **Anpassung der nationalen Gesetzgebung gegen Forschungsvorhaben und zukünftige Forschungsförderprogramme im Bereich Geo-Engineering auszusprechen und dies auch international zu vertreten.** Gerne möchten wir in diesem Zusammenhang auch auf **unsere Kritik am LOHAFEX-Experiment zur Ozean-Düngung aus dem Jahr 2008** verweisen, in dem wir bereits darauf hinwiesen, dass die Ausführung des Experiments in krassem Gegensatz zum Beschluss IX/16 der 9. Vertragsstaatenkonferenz zur Konvention über die biologische Vielfalt und dem Moratorium zur Düngung der Meere steht.
- Wir fordern die Bundesregierung auf, **die wissenschaftliche Erforschung der Erdsysteme und der Ozeane unabhängig von wirtschaftlichen Nutzungsinteressen zu fördern und auszubauen.**
- Die Ozeane sind die wichtigste regulierende Kraft unseres Klimasystems. Sie speichern und transportieren Wärme, beeinflussen so unser Wetter sowie das Klima und sind die größte und wichtigste Kohlenstoffsenke unseres Planeten. Gesunde Meere sind somit eine Grundvoraussetzung für unser Leben auf dem Planeten. **Die Bundesregierung sollte sich aus diesem Grund stärker als bisher für die Ausweisung von Meeresschutzgebieten mit effektiven Managementstrategien und Zonierungskonzepten mit wenig und ungenutzten Bereichen auf Basis transparenter und partizipativer Verfahren einsetzen.** Dazu gehört auch sich für die Weiterentwicklung internationaler Regelungen zum Schutz der Meere einzusetzen, insbesondere auch außerhalb der Bereiche unter nationaler Jurisdiktion (Hohe See und ‚the Area‘). Für den Schutz der Biodiversität auf der Hohen See und der Ökosysteme ihres Wasserkörpers und bodenlebenden Gemeinschaften muss ein gesondertes Durchführungsübereinkommen zum BBJN im Rahmen des UN-Seerechtsübereinkommens abgeschlossen werden, das Meeresschutzgebiete in entsprechendem Umfang vorsieht.



Forum Umwelt & Entwicklung · Postfach 20 04 25 · 53134 Bonn

Frau
Dr. Annette Schavan
Bundesministerin für Bildung und Forschung
Hannoversche Str. 28-30

10115 Berlin

12. Januar 2008

○ Büro Bonn

Koblenzer Str. 65

53173 Bonn

Tel.: 02 28 - 35 97 04

○ Büro Berlin

Marienstr. 19-20

10117 Berlin

Tel.: 030-6781775-88

○ Bonn/Berlin

Fax: 02 28 - 92 39 93 56

E-Mail: info@forumue.de

www.forumue.de

LOHAFEX-Experiment zur Ozean-Düngung und die Konvention über die biologische Vielfalt (CBD)

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

vergangene Woche ist das Forschungsschiff Polarstern des Alfred-Wegener-Instituts (AWI) von Südafrika aufgebrochen, um in der Scotia-See vor Südamerika das LOHAFEX-Experiment zur Ozeandüngung mit Eisensulfat auszuführen.

Die Ausführung dieses Experimentes steht in krassem Gegensatz zu dem Beschluss IX/16 der 9. Vertragsstaatenkonferenz zur Konvention über die biologische Vielfalt (CBD), die im Mai 2008 in Bonn stattfand und ein Moratorium zur Düngung der Ozeane beschlossen hat. Das Zustandekommen dieses Ergebnisses ist sehr wesentlich auf den Einsatz des Bundesumweltministers als Vertreter der Bundesregierung zurückzuführen.

Das LOHAFEX-Experiment widerspricht in sehr wesentlichen Punkten dem COP 9-Beschluss:

- a) Es findet auf der Hohen See und nicht in Küstengewässern statt
- b) Es handelt sich mit 300 qkm Fläche nicht mehr um eine „small scale scientific research study“
- c) Es muss vorher eine Umweltrisikoprüfung erfolgen
- d) Es muss ein internationaler Kontrollmechanismus zur Überprüfung solcher Experimente etabliert sein.



Als Auftrag- und Geldgeber des AWI und des LOHAFEX-Experimentes tragen Sie die politische Verantwortung für die Einhaltung der internationalen Beschlüsse, auch die der CBD. Wir fordern Sie deshalb auf, umgehend die Anwendung des COP 9-Beschlusses auf das LOHAFEX-Experiment sicherzustellen und bei allen laufenden und zukünftigen Forschungsmaßnahmen zur Ozeandüngung das Moratorium der CBD zu berücksichtigen.

Die Verantwortlichen des indischen Partners des LOHAFEX-Experimentes wurden von unseren NGO-Kollegen ebenfalls auf den Widerspruch hingewiesen.

Mit freundlichen Grüßen

[Redacted signature block]

Cc: [Redacted email address]

Cc: [Redacted email address]

Anlage Beschluss IX/16, Abschnitt C: Ocean Fertilization
der COP 9 der CBD vom 30. Mai 2008
<http://www.cbd.int/decisions/?m=COP-09&id=11659&lq=0>

Paragraph 4:

“Bearing in mind the ongoing scientific and legal analysis occurring under the auspices of the London Convention (1972) and the 1996 London Protocol, requests Parties and urges other Governments, in accordance with the precautionary approach, to ensure that ocean fertilization activities do not take place until there is an adequate scientific basis on which to justify such activities, including assessing associated risks, and a global, transparent and effective control and regulatory mechanism is in place for these activities; with the exception of small scale scientific research studies within coastal waters. Such studies should only be authorized if justified by the need to gather specific scientific data, and should also be subject to a thorough prior assessment of the potential impacts of the research studies on the marine environment, and be strictly controlled, and not be used for generating and selling carbon offsets or any other commercial purposes...”

Open letter by CBD Alliance members
Bonn, 16.11.2017



To: UNFCCC party representatives and delegates,
researchers in IPCC and UNFCCC stakeholders

Geoengineering is a distraction from the real priorities – Emission reductions

Dear UNFCCC party representatives and delegates, dear researchers in IPCC and UNFCCC stakeholders,

NDCs submitted to the UNFCCC so far clearly fail the ambition needed to put us on track for limiting climate change to 1.5°C rise. As it becomes more and more evident that there is a lack of political will to substantially decrease climate gas output, discussions on how to reach the 1.5°C target agreed in Paris turn more and more to uncertain and unavailable technologies for removing carbon from the atmosphere, in short geoengineering. The draft IPCC AR6 also mentions this issue in its outline, and new geoengineering experiments are planned (see 13 November's ECO article "This is Not a Drill: Geoengineering is on the Rise" - http://eco.climatenetwork.org/cop23_cmp13_cma2-eco7-5/)

Wishful thinking about technologies that may or may not one day become available carries the risk of legitimizing "business-as-usual-policies". They do not increase and may even decrease political will to address the root causes: powerful and unsustainable production and consumption patterns. They tend to postpone or replace pathways to systemic holistic change, which can deliver multiple benefits against climate change, biodiversity loss, and desertification. Without these benefits the 2030 Agenda is meaningless.

Proposals for geoengineering, including experiments, distract dangerously from the real priority – immediate unilateral reduction of emissions caused directly or indirectly by the global north, who bear most responsibility for them. Only this can build the trust we need to really tackle climate change and biodiversity loss.

Only yesterday, the executive secretaries of the three Rio Conventions issued a joint statement calling for assistance to address links between climate change, biodiversity and desertification threats. Civil society has long been making this connection and therefore, the members of the CBD Alliance present at this meeting would kindly inform or remind delegates that the issue of geoengineering has been extensively discussed at the CBD COPs since 2008 and that, as a result, any kind of geoengineering has been subjected to a moratorium (CBD decision X/33, paragraphs 8 w and x). This has been scrutinized at following COPs which have always reaffirmed the moratorium (CBD decision XIII/14, para 1) since.

With the exception of the US, the parties to CBD and UNFCCC are the same, and both conventions are nearly universal. We therefore urgently call on the parties of the UNFCCC to respect the CBD decisions agreed by consensus by their own governments, which apply to them as well. *Pacta sunt servanda*, as the Vienna Convention on the law of treaties rightly points out in its article 26: "Every treaty in force is binding upon the parties to it and must be performed by them in good faith".

Thank you and best regards,

(see list of signatories on following page)

List of signatories - CBD Alliance members:

ARA

Attac France

BUND – Friends of the Earth Germany

Centar za životnu sredinu– FoE Bosnia

Coordination Office of the Austrian Bishop's Conference for International Development and Mission (KOO)

Econexus

Ecoropa

Ethological Society of India

FERN

Friends of the Earth International

Gesellschaft für ökologische Forschung

Global Nature Fund

Heinrich Böll Stiftung

ICCA Consortium

Mangrove Action Project

NABU – BirdLife Germany

New Wind Association (Finland)

Pro Natura – FoE Switzerland

Pro REGENWALD

SAN Germany

Third World Network

Tim Cadman BA (Hons) MA (Cantab), PhD (Tasmania), Grad. Cert. Theol. (Charles Sturt) Griffith University

USC Canada